



Friedensprozess in Kolumbien unterstützen

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 18. Oktober 2012

„Wir fordern die Bundesregierung auf, die Vorschläge des zivilgesellschaftlichen Bündnisses ‚Kolumbianerinnen und Kolumbianer für den Frieden‘ zu unterstützen. Dazu gehören u.a. die baldige bilaterale Einstellung der offensiven Operationen, die systematische Erfassung aller verschwundenen Personen durch die Regierung und die Bekanntgabe der Identität aller zivilen oder militärischen Personen, die von der Guerilla noch gefangen gehalten werden“, so Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Beginn der Friedensverhandlungen für Kolumbien in Oslo. Hänsel weiter:

„Das Friedensabkommen muss die Rechte der Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewährleisten. Es darf keine Amnestie für die vielen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche die nunmehr seit 50 Jahren andauernde Gewalt in dem südamerikanischen Land gefordert hat, geben. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der

kolumbianischen sozialen Organisationen nach einer Beteiligung am Friedensdialog. Denn nur, wenn die betroffenen Opferorganisationen und Kleinbauernverbände in die Verhandlungen eingebunden werden, kann ein gerechter Frieden in Kolumbien erreicht und die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft überwunden werden. Um die Friedensgespräche zum Erfolg zu führen, muss die internationale Gemeinschaft auch die Aufnahme von Gesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN Guerilla (Nationale Befreiungsarmee) ermöglichen.“